

## Protokoll

### Sitzung des Gesamtvorstandes vom 12. Juli 2023

Beginn: 15:05 Uhr  
Ende: 16:46 Uhr

Anwesend:

Frau Dr. Hofmann  
Frau Eyser  
Herr Isparta  
Frau Blum ab 15:22 Uhr  
Herr Feske  
Frau Franzkowiak ab 15:13 Uhr  
Frau Gräßer  
Frau Grether-Schliebs  
Frau Groos  
Herr Holz  
Herr Dr. Klugmann  
Frau Krause  
Frau Kunze  
Herr Dr. Melber  
Herr Dr. Middel  
Herr Dr. Munding  
Herr Samimi  
Herr Schneider  
Herr Söker ab 15:22 Uhr  
Herr Dr. Steiner ab 15:10 Uhr  
Frau Stern ab 15:08 Uhr  
Herr Wesser

Frau Pietrusky  
Herr Schick

Entschuldigt nicht erschienen: Herr Dr. Creutz, Herr Plassmann, Frau Bansemer, Herr Fink, Herr Kirner und Frau Wirges.

Unentschuldigt fernbleibend (§ 19 Abs. 1 S. 2 GO-GV): Niemand

## **TOP 1**

### **Genehmigung des Protokolls der Junisitzung 2023 sowie Beschlussfassung über die Veröffentlichung auf der Webseite**

Um 15:06 Uhr wird beschlossen:

**Das Protokoll der Sitzung des Gesamtvorstandes vom 14. Juni 2023 wird genehmigt.**

*(mehrheitlich JA-Stimmen, keine NEIN-Stimme, 2 Enthaltungen)*

Um 15:07 Uhr wird beschlossen:

**Gemäß § 13 Abs. 4 S. 1 GO-GV wird vom Protokoll der Sitzung des Gesamtvorstandes vom 14. Juni 2023 unter TOP 6 der vorletzte Absatz nicht veröffentlicht.**

*(mehrheitlich JA-Stimmen, keine NEIN-Stimme, 1 Enthaltung)*

## **TOP 2**

### **Besetzung der Fachanwaltsausschüsse**

#### **Hier: Amtszeitende Fachanwaltsausschuss Sportrecht**

- *Keine Veröffentlichung gemäß § 13 Abs. 4 S. 1 GO-GV -*

Nach einer Aussprache und der schriftlichen Einzelabstimmung werden um 15:11 Uhr als Mitglieder des Fachanwaltsausschusses Sportrecht bestellt:

RA Dr. Thomas Jedlitschka

RA Eberhard Philipp Heck

RA René Lau

RAin Viktoria Heinze

## **TOP 3**

### **Besetzung des Anwaltsgerichts**

#### **Hier: Nachfolge für ausscheidende Richter a) RA Röth und b) RA Dr. Tietzsch**

- *Keine Veröffentlichung gemäß § 13 Abs. 4 S. 1 GO-GV -*

Nach einer Aussprache und den sodann erfolgten einzelnen schriftlichen Abstimmungen wurde um 15:36 Uhr im Ergebnis folgende Vorschlagsliste beschlossen:

1. RA Sebastian Baunack
2. RA Raoul Beth
3. RAin Ludmilla Emilie Kuhlen

#### **TOP 4**

##### **Anhebung des Zuständigkeitsstreitwerts für die Amtsgerichte**

Die Berichterstatterin erläutert, dass die 94. Konferenz der Justizministerinnen und Justizminister die Anhebung des Zuständigkeitsstreitwerts für die Amtsgerichte auf 8.000,00 € sowie streitwertunabhängige Verschiebungen zwischen den Amts- und Landgerichten gefordert habe. Dem Beschluss liege der Bericht der JuMiKo-Arbeitsgruppe zugrunde. Die Arbeitsgruppe habe ausgeführt, dass der überproportionale Rückgang der Eingangszahlen bei den Amtsgerichten im Vergleich zu den Landgerichten dafür spreche, den Streitwert zu erhöhen. Der Rückgang beruhe vor allem auf der inflationsbedingten Geldentwertung. Die letzte Anhebung des Zuständigkeitsstreitwerts sei im Jahr 1993 erfolgt. Die Stärkung der Amtsgerichte leiste einen wichtigen Beitrag zur Bürgernähe und treffe die Anwaltschaft nur mittelbar, da die Parteien auch vor den Amtsgerichten zu einem großen Umfang anwaltlich vertreten seien. Zudem führe eine erweiterte Zuständigkeit der Amtsgerichte auch für die Anwaltschaft zu kürzeren Anfahrtswegen. Die Arbeitsgruppe wolle die Streitwertverschiebung nicht mit einer Änderung der bisherigen Regelung zum Anwaltszwang (§ 78 ZPO) verbinden.

Die Berichterstatterin wendet sich gegen eine Anhebung des Zuständigkeitsstreitwerts. Der Vorstand habe die Anhebung im Juli 2022 abgelehnt. Sie halte es für richtig, den Zugang zu den gerichtlichen Verfahren zu erleichtern, allerdings werde dies nicht durch eine Verschiebung der Streitwerte, sondern durch eine Beschleunigung der Verfahren erreicht. Durch die jetzt geforderte Verschiebung des Streitwertes bestehe die Gefahr, dass die Verfahrensdauer sowohl bei den Amtsgerichten als auch bei den Landgerichten länger werde. Bei den Amtsgerichten könne dies durch die umfangreichere Zuständigkeit, bei den Landgerichten durch den dann notwendigen Personalabzug von den Landgerichten zu den Amtsgerichten entstehen. Ihrer Ansicht nach wolle die Justiz mit der Verschiebung des Streitwertes den Rückgang der Eingangszahlen besser bewältigen.

In der anschließenden Diskussion hält die Präsidentin wegen der inflationsbedingten Geldentwertung in den letzten 30 Jahren eine Anhebung des Zuständigkeitsstreitwertes für nicht abwegig. Es sei wichtig, die Amtsgerichte zu stärken und den Zugang zum Recht zu erleichtern. Solange die Videoverhandlung nicht stark verbreitet sei, seien auch die Länge der Anfahrtswege für die Anwaltschaft relevant. Da die Bundesrechtsanwaltskammer eine gute Stellungnahme abgegeben habe, halte sie es jedoch nicht für notwendig, dass der Vorstand erneut einen Beschluss zu dieser Thematik fasse.

Ein weiteres Vorstandsmitglied hält die Überlegungen der Justizministerkonferenz über die Folgen der Streitwertverschiebung für die Anwaltschaft nicht für nachvollziehbar. Auch er spreche sich dafür aus, keinen weiteren Beschluss zu fassen. Ein anderes Vorstandsmitglied äußert Zweifel, ob die Anhebung des Zuständigkeits-

streitwertes tatsächlich zu einer gleichmäßigeren Verteilung der Verfahren führe. Ein anderes Vorstandsmitglied wendet sich dagegen, dass für die Bank- und Finanzgeschäfte eine streitwertunabhängige erstinstanzliche Zuständigkeit der Amtsgerichte geschaffen werde, da die Richterschaft dort hierauf nicht spezialisiert sei und es dann nur noch eine Instanz zur Berufung am dann auch nicht mehr spezialisierten LG gebe. Die Vizepräsidentin befürwortet bei den Heilbehandlungen die Einführung einer erstinstanzlichen Zuständigkeit der Landgerichte.

## **TOP 5**

### **Zugang zu den dienstlichen Telefondurchwahlnummern**

- Keine Veröffentlichung gemäß § 13 Abs. 4 S. 1 GO-GV -

## **TOP 6**

### **Umsetzung und Bericht**

#### Umsetzung:

Die Präsidentin teilt mit, dass sie sich zum Regierungsentwurf eines Gesetzes zur digitalen Dokumentation der strafgerichtlichen Hauptverhandlung schriftlich an die Berliner Justizsenatorin gewandt habe.

#### Bericht

Die Präsidentin berichtet, dass

- sie vom 14. – 16. Juni 2023 am Deutschen Anwaltstag in Wiesbaden teilgenommen habe;
- der Vizepräsident und Menschenrechtsbeauftragte vom 15. – 17. Juni 2023 zur Preisverleihung des IDHAE in Amsterdam gefahren sei. Der Vizepräsident berichtet von der sehr eindrucksvollen Preisverleihung an einen afghanischen Kollegen, der aufgrund seiner Inhaftierung nicht zur Preisverleihung habe kommen können, sondern durch seine Frau und seinen Sohn vertreten gewesen sei;
- die Präsidentin am 20. Juni 2023 an einer Jubiläumsveranstaltung zur 1000. Sitzung des Rechtsausschusses des Bundesrates inklusive Interviewrunde teilgenommen habe;
- die Vizepräsidentin am 29. Juni 2023 zusammen mit einem Geschäftsführer an einem Gespräch in der Hans-Litten-Schule teilgenommen habe. Die Vizepräsidentin weist darauf hin, dass es bei der Klausurtagung um das Thema des Gesprächs gehen werde;
- die Präsidentin zusammen mit der Hauptgeschäftsführerin am 29. Juni 2023 die Präsidentin des Abgeordnetenhauses Cornelia Seibeld getroffen habe. Es seien konstruktive Gespräche geführt worden. Frau Seibeld setze sich für die Einführung eines Rechtskundeunterrichts in Berlin ein und regte an, dass die

Rechtsanwaltskammer neben der Justiz und der Staatsanwaltschaft die Schirmherrschaft hierfür übernehme;

- die Präsidentin am 4. Juli 2023 am Berliner Hoffest in den Höfen des Roten Rathauses teilgenommen habe.
- am 5. Juli 2023 das regelmäßige AG-Leiter/innen-Treffen in der Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz stattgefunden habe, an dem ein Vorstandsmitglied teilgenommen habe;
- die Präsidentin am 6. Juli 2023 zusammen mit der Vizepräsidentin und zwei weiteren Vorstandsmitgliedern den Sommerempfang des Deutschen Juristinnenbundes besucht habe;
- die Präsidentin am 7. Juli 2023 an der Amtseinführung von Frau Selting als Präsidentin des Amtsgerichts Wedding teilgenommen habe;
- am Sonntag, dem 9. Juli 2023, im Hof der Rechtsanwaltskammer Berlin die Freisprechungsfeier der Azubis stattgefunden habe und die Vizepräsidentin für die Rechtsanwaltskammer die Ansprache gehalten habe. Die Vizepräsidentin berichtet, dass es eine schöne Freisprechungsfeier gewesen sei.
- die Präsidentin sich am 10. Juli 2023 zu einem Austausch mit dem Präsidenten der Berliner Steuerberaterkammer Alexander Schueffner und einer Vertreterin des Landesverbandes der Freien Berufe Karin Schopp getroffen habe. Nach dem Austritt des BAV aus dem Landesverband der Freien Berufe ist die Anwaltschaft dort nicht mehr vertreten.

## **TOP 7**

### **Verschiedenes**

- Die Präsidentin weist darauf hin, dass die Vorstandssitzung im August – wie angekündigt – ausfalle und daher die kommende Vorstandssitzung am 13. September 2023 stattfinde.
- Am 21. September 2023 werde es auf der Geschäftsstelle zu einem Treffen des gesetzlichen Präsidiums mit Präsidiumsmitgliedern der Hanseatischen Rechtsanwaltskammer Hamburg kommen.
- Ein Vorstandsmitglied merkt an, dass es manche der von den wissenschaftlichen Mitarbeitern verwendeten Textbausteine nicht für ideal halte und Verbesserungsvorschläge machen könne. Ein Vorstandmitglied weist darauf hin, dass sich der vor kurzem gebildete Ausschuss Geschäftsstelle hiermit befassen könne.
- Ein Geschäftsführer bittet darum, dass die Vorstandmitglieder bei ihrer Verteidigung die neu zugelassenen Kammermitglieder auf die Fortbildungsveranstaltung in Kooperation mit dem DAI am 6. März 2024 hinweisen, die im Umfang von 6 Stunden als Fortbildungsveranstaltung gemäß § 43f BRAO anerkannt werde.
- Die Vizepräsidentin teilt mit, dass vor kurzem der Entwurf eines 5. Gesetzes zur Änderung verwaltungsverfahrenrechtlicher Vorschriften mit einer Stel-

lungnahmefrist bis zum 12. Juli 2023 eingegangen sei. Der Vorstand könne daher keine Stellung mehr nehmen. Dies wäre sinnvoll gewesen wäre, da der Entwurf Video- und Telefonkonferenzen als Ersatz für die Erörterung oder die mündliche Verhandlung zulasse.

Die Präsidentin schließt die Sitzung um 16:46 Uhr.

Berlin, 13. September 2023

Dr. Hofmann  
Präsidentin

Isparta  
Vizepräsident

**Tagesordnung**für die Sitzung des Gesamtvorstandes  
am 12. Juli 2023Gesamtvorstand  
Abteilung I, II, III, IV, V und VIBeginn: 15:00 Uhr  
Ende: ca. 16:45 Uhr

<b>TOP</b>	<b>Thema</b>	<b>Uhrzeit</b>	
1	Genehmigung des Protokolls der Juni-Sitzung sowie Beschlussfassung über die Veröffentlichung auf der Webseite	15:00	
2	Besetzung der Fachanwaltsausschüsse Hier: Amtszeitende: FAA Sportrecht	15:10	
3	Besetzung des Anwaltsgerichts Nachfolge für ausscheidende Richter	15:20	
4	Anhebung des Zuständigkeitsstreitwerts für die Amtsgerichte	15:40	
5	Zugang zu den dienstlichen Telefondurchwahlnummern	16:00	
6	Umsetzung und Bericht	16:20	
7	Verschiedenes	16:35	

Die Mitteilung dieser Tagesordnung gilt zugleich als Ladung zu den regelmäßig im Anschluss an die Sitzung des Gesamtvorstandes stattfindenden Abteilungssitzungen.